Stand: 12.11.2025 01:48:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21251

"Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 - Mobilitätssicherung für Land und Stadt"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/21251 vom 21.03.2018
- 2. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 22.03.2018
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22272 des WI vom 17.05.2018
- 4. Beschluss des Plenums 17/22632 vom 06.06.2018
- 5. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.03.2018 Drucksache 17/21251

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)

Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 – Mobilitätssicherung für Land und Stadt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit einem Masterplan Mobilität eine Verkehrswende in Bayern bis 2030 in die Wege zu leiten. Er etabliert ein Leitbild Mobilität statt Verkehr. Er sichert und befriedigt Mobilitätsbedürfnisse in Land und Stadt. Diese sind in den Vordergrund aller politischen Entscheidungen zu stellen und zielgenau umzusetzen.

Das Ziel muss sein, Mobilität zu sichern mit kürzeren Wegen, kostengünstiger, umweltschonender und letztlich effizienter.

Verkehr darf nicht mehr nur schneller, leichter und flüssiger, somit auch attraktiv und billig gemacht werden, um überwiegend städtische Zentren zu fördern.

Ein Paradigmenwechsel ist notwendig: Statt zusätzlicher Personen- und Tonnenkilometer muss es in Zukunft um Mobilität zur Abdeckung von Bedürfnissen und um eine Verringerung des Verkehrs in allen Räumen gehen:

- Der Masterplan etabliert dieses neue Leitbild auf allen Ebenen und bei allem landespolitischen Handeln in Raumordnungspolitik, in der Verkehrsplanung und der Verkehrspolitik.
- Der Masterplan sorgt dafür, dass Mobilität insgesamt, Straße wie Schiene und hier insbesondere der öffentliche Personenverkehr, technologisch, umweltfreundlich, flächensparend, organisatorisch und finanziell weiterentwickelt wird.
- Der Masterplan berücksichtigt in hohem Maße, dass eine Verkehrswende nicht nur eine kommunale, sondern überwiegend auch eine freistaatliche Aufgabe ist.
- 4. Der Masterplan setzt laufende und lang geplante Verkehrsprojekte besonders in den Ballungsräumen München, Nürnberg, Fürth, Erlangen, Augs-

- burg und in den Großstädten Regensburg, Würzburg und Ingolstadt bis zum Jahr 2030 um. Hierzu zählen u. a. Projekte wie die 2. Stammstrecke in München und die Ergänzung des S-Bahn-Systems, die Realisierung der Stadt-Umland-Bahn Nürnberg Erlangen Herzogenaurach als auch die Errichtung eines S-Bahn-ähnlichen Systems im Raum Augsburg.
- Der Masterplan schafft ein breit angelegtes, langfristiges und flexibles Aktionsprogramm, dass Mobilität ein wichtiger Eckpfeiler unseres Sozialstaats bleibt und gesellschaftliche Teilhabe aller Personengruppen in allen Regionen ermöglicht. Als beispielhafte Handlungsfelder sind zu nennen: Vorhandene kommunale Angebote besser auszulasten zum Zwecke des Gemeinwohls, ohnehin stattfindende Fahrten von Pendlern und Lieferanten für die Mitnahme von weiteren Personen öffnen. aktive Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad oder Pedelec zu fördern, die Entwicklung und Umsetzung eines Schnellbuslinienkonzepts für Haupt- und Tangentialverkehrsachsen zu ermöglichen und eine anbieter- und verkehrsmittelübergreifende Mobilitätsplattform (Mobilitäts-App) zu entwickeln für die Nutzung durch Kommunen oder Regionen. Neue Mobilitätsangebote sind gerade für ländliche Räume zu erproben, mit Monitoringkonzepten auszuwerten, die Erkenntnisse öffentlich zu kommunizieren und best practice-Fälle zu übertragen.
- 6. Finanzielle Unterstützungen und Anreizsysteme zur Förderung des ÖPNV sind fortzusetzen, deutlich aufzustocken und mobilitätsgerecht und raumspezifisch anzupassen und neu aufzulegen. Hierzu zählen u. a. die ÖPNV-Zuweisungen, spezielle Förderprogramme zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum, Mittel für die umweltfreundliche Fahrzeugförderung sowie die Bereitstellung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur zur Schaffung, Unterstützung und Anwendung einheitlicher Tarifsysteme, Fahrpläne und spezifischer Mobilitätsangebote ("on demand").
- Der SPNV muss insbesondere in ländlichen Räumen um getaktete, regionale Buslinien ergänzt werden, um fehlende Schienenverkehrsangebote auszuweiten.
- 8. Verkehrs- und Tarifverbünde sind landesweit zu fördern und auszubauen, genauso wie touristische Verkehrsverbünde als Pilotregionen entwickelt werden könnten, um ein Denken und Handeln in Mobilitätsketten zu ermöglichen. Mit regionalen Ausschreibungen können Kostentransparenz und

Wettbewerb gefördert werden, wobei Ausschreibungslose und Bedingungen so zu gestalten sind, dass regionale Unternehmen reale Chancen haben, die Ausschreibungen zu gewinnen.

- Regionale Aufgabenträger, insbesondere kleinere Kommunen, sind durch die Errichtung einer zentralen Servicestelle bei allen Projekten und Maßnahmen zur Sicherung der Mobilität durch eine zentrale Servicestelle zu beraten und zu unterstützen.
- 10. Im Rahmen eines Entwurfs für einen zweiten Nachtragshaushaltsplan 2018 hat die Staatsregierung die Voraussetzungen zu schaffen für eine deutliche Erhöhung der finanziellen Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in Bayern auf der Straße und der Schiene, um die Umsetzung eines flächendeckenden Masterplans zur Sicherung der Mobilität in Land und Stadt für 2030 zu gewährleisten.

Begründung:

Noch im Sommer letzten Jahres hat das bayerische Kabinett am 18.07.2017 zahlreiche Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV in Bayern beschlossen. Nahezu alle diese Maßnahmen begannen mit einer nicht näher definierten Zielstellung "Ziel ist es …" ohne Zeithorizont.

Noch als designierter Ministerpräsident hat der jetzt gewählte Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt "Wir wollen die komplette Planung für den ÖPNV der Zukunft" mit der Zielstellung, dies bis 2050(!) zu ermöglichen.

Angesichts der wenig konkreten Zielvorstellungen, angesichts des weit in der Zukunft liegenden Zeithorizonts und angesichts mangelhafter finanzieller Förderung des öffentlichen Verkehrs in Bayern ist es dringend erforderlich, analog zur Energiewende in Bayern eine Verkehrswende mit einem entsprechenden Masterplan für Mobilität bis 2030 aufzulegen.

Trotz finanzieller Verbesserungen im Nachtragshaushalt 2018 wurden im Jahr 2017 in Bayern "nur" rund 200 Mio. Euro als Finanzhilfen für den ÖPNV aufge-

wendet. Originäre Landesmittel waren nach Abzug von 35 Mio. Euro Regionalisierungsmitteln (Bund) und 50 Mio. durch den Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund "nur" 115 Mio. Euro. Hinzu kommen rund 48 Mio. Euro an Ausgleichsleistungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr.

Im Zeitverlauf hat sich die ÖPNV-Finanzierung in Bayern seit 2003 mit einem kumulierten Fehlbetrag von 830 Mio. Euro aufgebaut. Die jährlichen Fehlbeträge gegenüber 2003 betrugen in den letzten Jahren rund 60 Mio. Euro.

Obwohl die Verkehrsleistung bei der Beförderung mit Eisenbahnen gegenüber der Beförderung mit Omnibussen im Linienverkehr in einem Verhältnis von 5 Prozent zu 88 Prozent (Rest Tram und U-Bahnen) steht, ist der staatliche Mitteleinsatz genau "spiegelverkehrt". Beförderten die Busse in Bayern 2015 rund 760 Mio. Fahrgäste, wurden im SPNV lediglich 36 Mio. Fahrgäste befördert (Tram und U-Bahnen 735 Mio.).

Während Bayern vom Bund aktuell mehr als 1 Mrd. Euro an Finanzhilfe für den SPNV erhält, werden "nur" rund 200 Mio. Euro an Finanzhilfen aus Bayern für den ÖPNV geleistet. Allein schon die hohen Fahrleistungen im ÖPNV sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum rechtfertigen eine deutlich bessere Finanzausstattung durch den Freistaat Bayern.

Nicht nur in den Ballungsräumen, sondern insbesondere in den ländlichen Räumen müssen die Grundbedürfnisse der Bevölkerung für Mobilität befriedigt und gesichert werden. Allein der ausschließliche Bau attraktiver und schneller Straßen, ein Ausbau der Fernverkehre auf der Schiene löst diese Defizite nicht, sondern fördert weite und längere Verkehre und verstärkt die Zentralisierung von Wirtschafts-, Versorgungs- und Bildungsstandorten.

Es ist an der Zeit, endlich eine Perspektive für eine Verkehrswende zu entwickeln und mit geeigneten Maßnahmen umzusetzen, die eine integrierte Strategie, basierend auf einer überwiegenden Nahverkehrsorientierung, Mobilität in Bayern in Land und Stadt im Jahr 2030 sichert.

Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/21278, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos) und Günther Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Damit wurde dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Anträge zum Thema Pflege.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abstimmen, das ist der Antrag auf Drucksache 17/21247. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER sowie Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos) und Herr Kollege Günther Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/21277. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte Sie, jetzt die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.28 bis 16.33 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

Zum weiteren Ablauf der Sitzung möchte ich, weil auch schon Nachfragen kamen, das Hohe Haus darüber informieren, dass sich die Tagesordnungspunkte 19 mit 22, das sind die Anträge zu den Neonicotinoiden auf den Drucksachen 17/19273, 17/19819, 17/19641 und 17/19622, erledigt haben.

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15, das sind die Anträge zur Kennzeichnungspflicht für bayerische Polizeibeamte auf den Drucksachen 17/18990, 17/19244 und 17/19264, werden im Einvernehmen der Fraktionen auf die Plenarsitzung am 18. April 2018 verschoben.

Schließlich haben wir noch den Antrag unter Tagesordnungspunkt 18. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Frauenfeindlich motivierte Kriminalität erfassen und bekämpfen", Drucksache 17/18888. Auch dieser Antrag wurde in Übereinstimmung aller Fraktionen verschoben. – Diese Informationen habe ich bekannt gegeben, damit es keine weiteren Irritationen gibt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Bienen retten! Einsatz von Neonicotinoiden beenden", Drucksache 17/21274, bekannt. Mit Ja haben 54 gestimmt, mit Nein 79. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/21249 mit 17/21255 sowie auf den Drucksachen 17/21279 mit 17/21281 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Dann darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Situation der Pflege durch Personaluntergrenzen verbessern!", Drucksache 17/21277, bekannt geben. Mit Ja haben 122 gestimmt. Niemand hat mit Nein gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 11. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag mit großer Mehrheit angenommen. – Ich bedanke mich.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 10 und 11 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes Einführung einer Obergrenze für den Flächenverbrauch (Drs. 17/16760) - Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 17/20613)

und

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

17.05.2018 Drucksache 17/22272

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Drs. 17/21251

Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 - Mobilitätssicherung für Land und Stadt

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Annette Karl
Mitberichterstatter: Eberhard Rotter

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 81. Sitzung am 12. April 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 197. Sitzung am 17. Mai 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.06.2018 Drucksache 17/22632

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)

Drs. 17/21251, 17/22272

Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 – Mobilitätssicherung für Land und Stadt

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die

gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass

der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 3 aufgeführte Subsidiaritätsangelegen-

heit, Bundesratsdrucksache 155/18 betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des

Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kol-

lektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, bera-

ten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiari-

tätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken

Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Einschlägig sind hier die Drucksa-

che 17/22325 sowie die Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/22363. Die Be-

ratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die Beschlussemp-

fehlung und das Abstimmverhalten der Fraktionen hierzu ist in der aufgelegten Liste

aufgeführt.

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Listennummer 4, das ist der Antrag der

Abgeordneten Claudia Stamm betreffend "Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n

für Bayern ernennen", der auf Wunsch von Frau Stamm in einer der nächsten Plenar-

sitzungen einzeln beraten werden soll.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit

den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Erster Senat vom 29. März 2018 (1 BvR 1619/17) betreffend Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen
 - a) Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nr. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, Art. 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Satz 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nr. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (BayGVBI. S. 145, BayRS 12-1-I),
 - b) Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2015 (BayGVBI. S. 458)

PII-G1320.17-0004 Drs. 17/22207 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		A

zur 133. Vollsitzung am 6. Juni 2018

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 03. April 2018 (Vf. 5-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
 - 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 - 2. Bayerische Staatsregierung

vom 26. März 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 2 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBI. S. 388) die Bayerische Verfassung verletzen PII/G1310.18-0006

Drs. 17/22208 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

Europaangelegenheit

 Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Alexander König, Dr. Franz Rieger u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18 Drs. 17/22363 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
□	Ø	团	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen Drs. 17/16942, 17/22211 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Standards der Unterbringung und Gewaltschutzkonzepte in bayerischen Asylbewerberunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen Drs. 17/17306, 17/22112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang Drs. 17/17307, 17/22212 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
 Unterkünfte für queere Geflüchtete und Schaffung der Position einer Landesbeauftragten bzw. eines Landesbeauftragten für queere Geflüchtete Drs. 17/18013, 17/22230 (A)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	ENTH

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum "Enthaltung" der Abstimmung zugrunde zu legen.

zur 133. Vollsitzung am 6. Juni 2018

8.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
	Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
	Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen
	Drs. 17/18710, 17/22010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sexualisierte Gewalt verhindern und wirksam bekämpfen: Bayerisches Gleichstellungsgesetz reformieren Drs. 17/18723, 17/22011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Assistierte Ausbildung erhalten und weiterentwickeln Drs. 17/20364, 17/22248 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlängerung der S-Bahn von Dombühl nach Crailsheim Drs. 17/20531, 17/22263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

12.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Halbstundentakt für die Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt: Angebotsverbesserungen erfolgreich in die Fläche bringen Drs. 17/20536, 17/22264 (E)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
13.	Antrag der Abgeordne Amazon und Co. – Ein Einzelhandel Drs. 17/20807, 17/222 Votum des federführer	nfluss von Online-Mark 65 (A) nden Ausschusses für	tplätzen auf den bayer	ischen
	Wirtschaft und Medien	i, Infrastruktur, Bau un	_	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	Z
14.	Antrag der Abgeordne Klaus Adelt u.a. SPD Milliarden-Infrastruktur Kanalnetzes zeitnah v Drs. 17/20827, 17/221 Votum des federführer	erhalten – Sanierung erbessern 37 (A)		hen
	Umwelt und Verbrauch	nerschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH
15.	Antrag der Abgeordne Gisela Sengl u.a. und Vorranggebiete für die Drs. 17/20832, 17/222	Fraktion (BÜNDNIS 90 Landwirtschaft in der 66 (A))/DIE GRÜNEN)	öglichen
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		_	-
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

16.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesmittel auch für SPNV-Strecken bereitstellen Drs. 17/20927, 17/22267 (E)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
17.	Antrag der Abgeordnet Run-off-Entwicklung in Drs. 17/20996, 17/222	der Versicherungswirf			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z				
18.	Antrag der Abgeordnet Dr. Christian Magerl u. Verbesserungen des G Drs. 17/21007, 17/222	a. und Fraktion (BÜNI Gesetzes zum Schutz (DNIS 90/DIE GRÜNEN))	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A		
19.	Antrag der Abgeordnet Dr. Simone Strohmayr Verwaltungsangestellte bessere Bezahlung, be Drs. 17/21016, 17/222	u.a. SPD e an den Schulen in Ba essere Arbeitsbedingu	ayern verdienen mehr		
	Votum des federführer Fragen des öffentliche				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

20.	Antrag der Abgeordneten Ilona Deckwerth, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt verbessern – öffentliche Aufträge nur bei Einhaltung der Beschäftigungsquote Drs. 17/21137, 17/22233 (A)				
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, J		egration		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z			
21.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Vereinbarkeit von Bern Kinderbetreuungsange Drs. 17/21138, 17/222 Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju	n u.a. SPD uf und Familie durch S ebote verbessern :34 (A) nden Ausschusses für	tärkung betrieblicher		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
22.	Antrag der Abgeordne Josef Zellmeier u.a. C Digitale Bereitstellung Drs. 17/21140, 17/222	SU aller Bauleitpläne	ischer, Dr. Florian Herr	mann,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
23.	Antrag der Abgeordne Martina Fehlner u.a. S Weitere Behandlung d für die Sanierung des Drs. 17/21148, 17/222	PD ler offenen Fragen zur Neuen Schlosses Pap	Verwendung der öffen		
	Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	csu	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

24.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Selbstständigkeit und Arbeitsmotivation junger Menschen in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe fördern – Bestimmungen zur Anrechnung eigenen Einkommens verbessern Drs. 17/21156, 17/22244 (A)			
	Votum des federführen Arbeit und Soziales, Ju		egration	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
25.	Antrag der Abgeordnet Martin Stümpfig u.a. ur Für eine aussagekräftig Drs. 17/21157, 17/2204	nd Fraktion (BÜNDNIS ge Klimabilanz Bayern	90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführen Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
26.	Antrag der Abgeordnet Dr. Leopold Herz u.a. u Überprüfung der Auswi Milchmengenreduzieru Drs. 17/21227, 17/2207	ınd Fraktion (FREIE W irkungen und Umsetzu ng	/ÄHLER)	europaweiten
	Votum des federführen Ernährung, Landwirtsch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
27.	Antrag der Abgeordnet Dr. Karl Vetter u.a. und Lieferengpässen bei Ca Drs. 17/21228, 17/2228	l Fraktion (FREIE WÄI annabis für medizinisc	HLER)	<i>v</i> irken
	Votum des federführen Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
	归 면 면 면 Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen.			

28.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU) EEG-Umlage für hocheffiziente KWK erhalten und schnell Rechtssicherheit schaffen Drs. 17/21250, 17/22271 (E) 			cherheit
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
29.	Dringlichkeitsantrag de Annette Karl u.a. und I Zukunftsplan Mobilität Mobilitätssicherung für Drs. 17/21251, 17/222	Fraktion (SPD) für eine Verkehrswend Land und Stadt 72 (A)	•	nhard Roos,
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	ENTH	ENTH
30.	Dringlichkeitsantrag de Dr. Leopold Herz u.a. Cross Compliance: Ko Stunden vorher anmel Drs. 17/21255, 17/222	und Fraktion (FREIE V ntrollen auch bei Haup den und verträglich ge	VÄHLER) oterwerbsbetrieben mir	
	Auf Antrag der CSU- Votum des mitberate Umwelt und Verbraud	nden Ausschusses f		:
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A		A
31.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Für ein gutes Miteinan Mehrgenerationenhäu Drs. 17/21265, 17/222	n u.a. SPD der der Generationen: ser in Bayern gerecht		dern!
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

32.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
	Boden in Bayern als natürliche Lebensgrundlage schützen, Leistungsfähigkeit
	des Naturhaushalts dauerhaft verbessern – eine Humusstrategie für Bayern
	Drs. 17/21267, 17/22247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

33. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD

Umsetzung von EU-Recht in Bayern

Drs. 17/21272, 17/22061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Reduzierte EEG-Umlage für KWK-Anlagen erhalten – Bayerisches KWK-Förderprogramm auf den Weg bringen Drs. 17/21279, 17/22273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Faire Bezahlung von Frauen und Männern vorantreiben – Lösungen auf den Weg bringen Drs. 17/21281, 17/22113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

36.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufsgrundschuljahr für Geflüchtete gestatten – geplante Prüfung durch Ausländerbehörden entfallen lassen Drs. 17/21450, 17/22259 (A)				
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A	Z	
37.	Antrag der Abgeordner Gisela Sengl u.a. und Bienensterben stopper Keine bienengefährlich Drs. 17/21453, 17/223	Fraktion (BÜNDNIS 90 n – nen Pestizide in Haus-)/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
38.	Antrag der Abgeordner Eberhard Rotter u.a. C Nutzung von Wegen in Drs. 17/21454, 17/219	:SU n Voralpen- und Alpine	-	iinbiker regeln	
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		ENTH	Z		
39.	Antrag der Abgeordner Jürgen Baumgärtner u Hebammenhilfe: Steig erhöhen Drs. 17/21458, 17/222	.a. CSU erungssatz für privat v			
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

40.	Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU Trinkwasserverordnung Drs. 17/21459, 17/22254 (E)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
41.	 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU Vereinfachung der Eingrünungspläne Drs. 17/21488, 17/21997 (G) Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz 				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		A		A	
42.	 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Judith Gerlach u.a. CSU Grundlegende Beratungsstruktur für ehemalige Heimkinder in Bayern auch über das Auslaufen des Fonds Heimerziehung hinaus aufrechterhalten Drs. 17/21489, 17/22235 (E) Votum des federführenden Ausschusses für 				
	Arbeit und Soziales, Ju	ugend, Familie und Int			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
43.	Antrag der Abgeordne Wolfgang Fackler u.a. Umsetzung der Vorgal und Gesundheitsschut Drs. 17/21539, 17/221	CSU ben des Arbeitssicherh zes bei der Bayerische	neitsgesetzes und des	Arbeits-	
	Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

44.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Neue Arbeitszeitmodelle bei der Bayerischen Polizei nicht weiter an der Realität vorbei planen – Handlungsspielraum für die Polizei schaffen! Drs. 17/21547, 17/22096 (A)				
	Votum des federführer Fragen des öffentlicher				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		A	
45.	 Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU Dienstvereinbarung zu Arbeitszeitmodellen im Schicht- und Wechselschichtdienst bei der Bayerischen Polizei Drs. 17/21592, 17/22097 (E) 			elschichtdienst	
	Votum des federführer Fragen des öffentlicher				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
46.	Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD Volle Berücksichtigung von Zeiten der Teilzeitbeschäftigung bei Berechnung der Wartezeit für einen Anspruch auf Ruhegehalt Drs. 17/21675, 17/22012 (A)				
	Votum des federführer Fragen des öffentliche				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		团	Z	
47.	Antrag der Abgeordnet Susann Biedefeld u.a. Karenzzeit auch für Be Drs. 17/21677, 17/220	SPD amte der höheren Qua			
	Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	ENTH	

zur 133. Vollsitzung am 6. Juni 2018

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wertvolle Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern fortführen

Drs. 17/21034, 17/22260 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z